



# Church and Peace

## Internationale Geschäftsstelle

Church and Peace e.V. ist der ökumenische Zusammenschluss von Friedenskirchen und friedenskirchlich orientierten Gemeinden, Kommunitäten und Friedensorganisationen in Europa.

### Erklärung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) 2021 – 2017 der EU als treibende Kraft für Militarisierung

Angesichts der Vorhaben der Europäischen Union, die Ausgaben für militärische Instrumente in die Höhe zu treiben anstatt in zivile Friedensförderung zu investieren, zeigte sich das europäische ökumenische Netzwerk Church and Peace zutiefst besorgt. Unter dem Thema „*Gerechtigkeit und Frieden umarmen sich (Ps 85, 11) - Gemeinsam unterwegs für Versöhnung in einem zerrissenen Europa*“ kam die diesjährige Mitgliederversammlung und internationalen Konferenz vom 21.-24. Juni 2018 in Hoddesdon im Vereinigten Königreich, zusammen, einer Region, in der schon jetzt der Brexit und seine Folgen erfahren werden.

Je mehr Details der vorgeschlagenen **Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) 2021 – 2017**<sup>1</sup> veröffentlicht werden, desto mehr beobachten wir, dass die EU zunehmend einen Kurs weg von Europa als Friedensprojekt hin zu einem Militärbündnis einschlägt.

Die jüngsten, vom Europäischen Rat gebilligten Vorschläge der Europäischen Kommission zur militärischen Mobilität, zum Europäischen Verteidigungsfonds und zur Europäischen Friedensfazilität (European Peace Facility) unterstreichen den Plan, im Zeitraum 2021-2027 rund 30 Milliarden Euro für die Verteidigung auszugeben.<sup>2</sup>

Angesichts der weltweit zunehmenden tödlichen Konfliktsituationen lehnen wir ebenfalls die Pläne ab, alle zwölf bestehenden Außenfinanzierungsinstrumente zu einem einzigen zusammenzufassen und mindestens 10 Prozent dieses enormen Budgets von rund 89 Milliarden Euro in aktuellen Wechselkursen für die Migrationskontrolle einzusetzen. Eine Vereinfachung der Prozesse und bis zu einem gewissen Grad auch eine Erhöhung der Flexibilität kann zwar befürwortet werden, doch die Zusammenlegung einer Reihe von Kerninstrumenten und damit die Abschaffung getrennter Mittel für Entwicklung, zivile Friedenskonsolidierung, Demokratie und Menschenrechte schwächt diese wesentlichen Grundlagen einer starken Zivilgesellschaft und ist einfach nicht hinnehmbar.

Zusammen mit dem Votum der Mitgliederversammlung der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) vom 8. Juni 2018 in Novi Sad<sup>3</sup> lehnen wir das neue **Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (NDICI)** ab und fordern das Europäische Parlament und die

1 [http://ec.europa.eu/budget/mff/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/mff/index_de.cfm)

2 6,5 Mrd. EUR für die militärische Mobilität, 13 Mrd. EUR für den Europäischen Verteidigungsfonds über den EU-Haushalt und 10,5 Mrd. EUR außerhalb des Haushalts durch zwischenstaatliche Bündelung.

3 [https://assembly2018.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/06/GEN\\_PUB\\_01-Public-Issues-Committee-Report-GERMAN.pdf](https://assembly2018.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/06/GEN_PUB_01-Public-Issues-Committee-Report-GERMAN.pdf)

Mitgliedstaaten als Mitgesetzgeber auf, dafür zu sorgen, dass es für 2021-2027 drei verschiedene Instrumente gibt - Entwicklung, Menschenrechte und Demokratie und zivile Friedensförderung.

Wir setzen uns für Frieden und Versöhnung in Europa ein, daher stellen wir den Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini zur Einrichtung einer **Europäischen Friedensfazilität**<sup>4</sup> grundsätzlich in Frage. Während wir einen milliardenschweren Fonds für zivile Friedensinitiativen sehr begrüßen würden, lehnen wir die Idee ab, einen Fonds als einen Beitrag zum "Frieden" zu bezeichnen, der gemeinsame Kosten für militärische Transporte zu out-of-area-Operationen, militärische Ausbildung und Ausrüstung, einschließlich der Bereitstellung tödlicher Waffen, und andere militärische Aktionen im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) finanziert. Während die EU plant, Dutzende von Milliarden Euro in militärische Antworten auf regionale und globale Herausforderungen zu investieren, werden die für zivile Ansätze verfügbaren Mittel um mehr als die Hälfte dessen gekürzt, was für den Haushaltszeitraum 2014 - 2020 zur Verfügung stand.<sup>5</sup> Dieser Trend muss dringend umgekehrt werden.

Church and Peace ruft Politiker und Politikerinnen und insbesondere die Kirchen dazu auf:

- sich wahrnehmbar in die Diskussionen um die künftigen Haushaltsprioritäten der EU einzubringen;
- an der Bedeutung der EU als Projekt des Friedens und der Versöhnung festzuhalten;
- darauf zu drängen, dass Ressourcen und Menschen genutzt werden, um Frieden in Gerechtigkeit zu schaffen und so entscheidende Schritte in Richtung globaler Gerechtigkeit und Versöhnung zu unternehmen, wie etwa durch die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Church and Peace Mitgliederversammlung  
Hoddesdon, Vereinigtes Königreich, 22 Juni 2018

#### **Pressekontakt:**

OKRin i.R. Antje Heider-Rottwilm, Vorsitzende von Church and Peace  
+49 172 5162 799

---

4 [https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/47374/node/47374\\_de](https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/47374/node/47374_de)

5 Das Budget 2014-2020 des Instrument für Stabilität und Frieden (IcSP) beläuft sich auf 2,3 Mrd. EUR, während für ähnliche Aktivitäten (reduzierter Umfang) nur ein Budget von rund 1 Mrd. EUR für 2021-2027 zur Verfügung steht.